

Call for Papers

Geschlechtergerechtigkeit und Diversität in der Wissenschaft zwischen institutionellem Wandel und Symbolpolitik

Universitäten, Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen tragen als Orte, an denen Wissen über und für die Gesellschaft produziert wird, zentral zur Reproduktion sowie zur Transformation gesellschaftlicher Machtverhältnisse bei. Diesen Orten der Wissensproduktion kommt daher im Kontext von Gleichstellung und Diversität eine Schlüsselrolle zu: Die Art und Weise, wie Geschlechter- und Diversitätspolitiken in der Wissenschaft gestaltet und implementiert werden, beeinflusst nicht nur die Struktur und Kultur akademischer Institutionen selbst, sondern trägt auch maßgeblich zu allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen bei. Deshalb ist die Frage nach Geschlechtergerechtigkeit und Diversität in der Wissenschaft – sowohl im Hinblick auf die Forschenden als auch die Forschungsinhalte – auch mehrere Jahrzehnte nach der Einführung der ersten Gleichstellungsmaßnahmen und der Institutionalisierung der Geschlechterforschung aktueller denn je. Trotz der gesetzlichen und institutionellen Verankerungen von Gleichstellung sowie zahlreicher Programme zur Förderung von Gleichstellung und Diversität sind diese Themen weiter stark umkämpft. So sind etwa Erfolge im Hinblick auf die Repräsentation von Frauen und marginalisierten Gruppen unter Professor*innen und die Vielfalt in Forschungsinhalten (z. B. Gender-, Trans- und Diversity Studies) sowie den Abbau von Diskriminierung und diskriminierenden Strukturen zögerlich und sehr fragil – ein Phänomen, das auch als „Gleichstellungsparadox“ (Hark/Hofbauer 2023) bezeichnet wird.

Eine prägnante Entwicklung der letzten Jahre ist die zunehmende (und oft strategische) Verknüpfung von Gleichstellung und Diversität mit dem Versprechen von Exzellenz und Innovation sowie mit verbesserter internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Damit zeigt sich, dass Gleichstellungs- und Diversitätspolitiken vor allem dann Anklang finden, wenn sie mit neoliberalen Argumenten der ökonomischen Verwertbarkeit von Diversität operieren: z. B. Bereicherung durch Perspektivenvielfalt, Produktion von sozial relevantem Wissen, Abbau des Gender Data Gaps – sofern dieser negative wirtschaftliche Folgen hat –, oder Lösungen für neue gesellschaftliche Herausforderungen.

Die Erweiterung der Gleichstellungspolitik um andere Formen der Differenz über Geschlecht hinaus ist eine relativ junge Entwicklung. Zudem wurde mit der ersten Kommission von der Leyen erstmals der Begriff „Intersektionalität“ in EU-Policies zu Gleichstellung und Diversität in der Wissenschaft eingeführt, und auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat ihre Standards im Jahr 2022 in „Gleichstellungs- und Diversitätsstandards“ umbenannt.

Jedoch erfolgt diese Integration meist in einer stark eingeschränkten Form: Beispielsweise wird Diversität in vielen Fällen auf die Anwerbung internationaler (Elite-)Forschender reduziert, wodurch andere Dimensionen, wie Klasse, Ethnizität/*race*, Behinderung, sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität, ignoriert und bestehende Ungleichheiten und globale Machtverhältnisse sogar verstärkt werden. Auch die Reflektion über die Rolle des kolonialen Erbes und rassistischer Strukturen in der Wissensproduktion ist in der Regel nicht Teil aktueller Gleichstellungs- und Diversitätsmaßnahmen. Internationale Mobilität gilt aus der Perspektive der Hochschulen in erster Linie dann als ‚wertvoll‘, wenn sie aus oder in englischsprachige oder westeuropäische Kontexte erfolgt. Gleichzeitig werden traditionelle Maßnahmen der Frauenförderung – wie Quoten, Förderprogramme oder Frauen- und Diversity-Beauftragte – oft als bürokratische Maßnahme instrumentalisiert, wenn diese zwar statistische Veränderungen, aber nicht den Abbau der ihr zugrunde liegenden patriarchalen und heteronormativen Strukturen bewirken. Das geschieht etwa, wenn nicht-binäre Personen aus diesen Maßnahmen ausgeschlossen werden.

Dieser Schwerpunkt zielt darauf ab, die Machtverhältnisse, die Diskurslogiken und Narrative sowie Kämpfe um Institutionen und finanzielle Mittel, welche aktuellen Gleichstellungs- und Diversitätspolitiken in der Wissenschaft zugrunde liegen, kritisch zu analysieren. Von besonderem Interesse sind Beiträge, die die Grenzen, Leerstellen und Herausforderungen, aber auch die Potenziale bestehender Maßnahmen und aktueller Diskurse reflektieren und Perspektiven für transformative Ansätze eröffnen, welche eine nachhaltige Verankerung von Gleichstellung und Diversität in der Wissenschaft fördern.

- Intersektionalität: Inwieweit gewinnen intersektionale Perspektiven an Gewicht? Welchen Ungleichheitsdimensionen wird mehr und welchen weniger Beachtung geschenkt und wie werden diese ins Verhältnis zueinander und insbesondere zu Geschlecht gesetzt? Wie werden intersektionale Perspektiven umgesetzt und welche Entwicklungspotenziale gibt es hier?
- Postkoloniale globale Machtverhältnisse und akademische Wissensproduktion: Inwiefern prägen postkoloniale und rassistische Strukturen und Machtverhältnisse die akademische Wissensproduktion? Wie wird das Wissen von Forschenden aus dem Globalen Süden positioniert? Welche Ansätze zur Intervention gibt es hier?
- Postkoloniale globale Machtverhältnisse und akademische Mobilität: Wie beeinflussen postkoloniale und globale Machtverhältnisse akademische Karrieren? Welche Mobilität wird in der Wissenschaft als ‚wertvoll‘ erachtet?
- Wie werden Themen wie sexuelle Belästigung und Diskriminierung von LGBTIQ+-Personen oder Machtmissbrauch an Hochschulen behandelt? Welche Widerstände gibt es dagegen? Wie kann die Betroffenheit durch Gewalt und Diskriminierung entindividualisiert und im Kontext von Machtstrukturen und Abhängigkeitsverhältnissen an Hochschulen kritisiert und thematisiert werden?
- Gleichstellungs- und Diversitätsmaßnahmen zwischen Social Justice und utilitaristischer Instrumentalisierung: In Hochschulen, nationalen Forschungsförderungseinrichtungen und EU-Förderprogrammen werden zunehmend Gleichstellungs- und Diversitätsmaßnahmen mit Diskursen um Exzellenz, Inclusive Innovation und Bemühungen zur Internationalisierung verknüpft. Welche Auswirkungen hat dies auf die europäische Wissenschaftslandschaft? Unter welchen Bedingungen bleibt die Idee der sozialen Gerechtigkeit erhalten? Inwiefern werden diese Maßnahmen dadurch primär als Instrumente einer neoliberalen Exzellenzstrategie, zur Förderung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Imageverbesserung der Forschungsinstitutionen instrumentalisiert?
- Institutionalisierung feministischer Bewegungen in der Wissenschaft: Welche Elemente feministischer Forderungen und welche feministischen Konzepte finden in universitärer Gleichstellungspolitik Anklang und welche nicht? Was passiert mit feministischen Debatten, Forderungen, und Konzepten, wenn sie Eingang in akademische Institutionen finden? Mit welchen Herausforderungen und Widerständen werden sie konfrontiert, welche Kompromisse müssen eingegangen werden, inwiefern kann das transformative Potential erhalten werden oder nicht? Welche Rolle spielen lokale, nationale und transnationale Netzwerke feministischer Akteur*innen dabei, die geplanten Maßnahmen tatsächlich umzusetzen, sodass diese nicht als non-performative, bürokratisierte Vorschriften enden?
- Gleichstellung und Diversität im Kontext aktueller anti-gender und anti-science-Bewegungen: Inwiefern sind Angriffe auf die Geschlechterforschung, auf Gleichstellungspolitiken und die Wissenschaft mit antidemokratischen Bewegungen verschränkt? Wie können in diesem Kontext Maßnahmen zu Förderungen von

Gleichstellung und Diversität im Kontext aktueller Angriffe von rechten Akteur*innen nachhaltig verankert werden?

- Internationale Perspektiven im Vergleich: Wie stellt sich die Situation der Gleichstellungs- und Diversitätspolitiken in Deutschland im europäischen und internationalen Vergleich dar und welche Potenziale für wechselseitiges Lernen lassen sich hier aufzeigen? Wie beeinflussen Policies auf der EU-Ebene, z. B. im Rahmen von Horizon Europe oder dem ERC die deutschsprachigen Politiken und Debatten?

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Laura Eigenmann, Patricia Graf und Kathrin Zippel betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts bis zum **31. Mai 2025** an laura.eigenmann@fu-berlin.de, patricia.graf@businessschool-berlin.de, gender-soz@polsoz.fu-berlin.de oder an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de.

Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen und anderen geschlechtlich marginalisierten Personen (wie etwa trans*, inter*, nicht-binären oder geschlechternonkonformen Personen) in und außerhalb der Hochschule und lädt zum Einreichen inhaltlich qualifizierter Abstracts ein. Wir freuen uns über Beiträge jenseits eines weißen, eurozentrischen, cis-heteronormativen Feminismus.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **15. Juni 2025** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **15. September 2025**. Die Angaben zu den Autor*innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied aus dem Herausgeberinnenteam. Ggf. kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt spätestens bis zum **15. November 2025**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen. Der Abgabetermin für die Endfassung des Beitrags ist der **15. Januar 2026**.